

Lohnpolitische Konzeptionen in der politischen Auseinandersetzung

Allgemein:

Lohnpolitik hat zum Ziel allgemein verbindliche Entscheidungen zur Höhe der Löhne zu erzielen, indem *mehrere Interessengruppen* (Gewerkschaft, Arbeitgeberverbände, Parteien, Regierung) im Rahmen einer *Tarifverhandlung* an einem verbindlichen Entscheidungsprozess teilnehmen.

Entscheidungen, die bei Tarifverhandlungen getroffen werden, werden in *Tarifverträgen* festgehalten.

Tarifautonomie (Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz): Das Recht der Koalitionen, Vereinbarungen frei von staatlichen Eingriffen über Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen (Tarifverträge) zu treffen.

Lohntheorien:

Produktivitätstheorie des Lohns:

Löhne sollen in dem Ausmaß steigen, indem die Arbeitsproduktivität gestiegen ist, da sich so das Verhältnis, mit dem die Wertschöpfung der Unternehmen sich auf Gewinne und Löhne aufteilt, nicht ändere. Dies führt zu einer stabilen Lohnquote.

Kritik: Die Arbeitsproduktivität ist eine rein statistische Größe. Man kann nicht sagen welchen Anteil die einzelnen Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital) daran haben.

Diese Theorie wird oft von Wirtschaftswissenschaftlern empfohlen.

Expansive Lohnpolitik:

Die Theorie der expansiven Lohnpolitik besagt, dass durch die erzielte Kaufkraftsteigerung, aufgrund von Lohnerhöhungen, die Produktion ausgeweitet werden soll, und das Wirtschaftswachstum weiter vorangetrieben wird.

Die Lohnpolitik wird dadurch zu einem Instrument der Verteilungspolitik.

Kaufkrafttheorie:

Sie besagt, dass bei Unterauslastung der Produktionsfaktoren einer Volkswirtschaft durch die Erhöhung von Löhnen inflationsfrei die Kaufkraft und somit die Nachfrage nach Konsumgütern gesteigert werden könne. Es entstünden sowohl direkt als auch indirekt neue Arbeitsplätze, da die Unternehmer die erhöhte Konsumfreude als Signal werten, mehr zu investieren.

Diese Theorie wird oft von Gewerkschaften zur Rechtfertigung von Lohnerhöhungen benutzt.

Kritik: Sieht man Arbeitslosigkeit nicht als Ergebnis zu geringer Nachfrage sondern als das Ergebnis zu hoher Lohnkosten, bewirken höhere Löhne eine noch höhere Arbeitslosigkeit.

Gibt es Engpässe in der Volkswirtschaft, können höhere Löhne nicht zu mehr Produktion und Beschäftigung führen.

Mindestlohn:

Der Mindestlohn ist das kleinste, rechtlich zugelassene Arbeitsentgelt. Dieser wird im Tarifvertrag verankert.

Man unterscheidet zwischen branchenspezifischen, nationalen und regionalen Mindestlöhnen.

Pro: Verbesserung der Einkommenssituation (vor allem im Niedriglohnbereich).

Contra: Eventueller Arbeitsplatzverlust, aufgrund höherer Kosten.

Maßgeblich für die möglichen Auswirkungen ist dabei die Höhe des Mindestlohns in Relation zum allgemeinen Lohnniveau.